

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/102

30. Mai 1974

Dieser Magistrat bleibt

-----  
Frankfurts Bürger lassen sich nicht terrorisieren

Von Rudi Arndt  
Oberbürgermeister von Frankfurt und Mitglied des  
SPD-Vorstandes

Seite 1 und 1a / 84 Zeilen

Keine Alternative zur Reformpolitik

-----  
Das richtige Schrittmaß ist entscheidend

Von Peter Schulz  
Erster Bürgermeister und Präsident des Senats der  
Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 2 und 3 / 60 Zeilen

Stücklein kontra Verfassung

-----  
Der Ruf nach Neuwahlen war nicht nur "unsinnig"

Von Horst Krockert MdB

Seite 4 / 43 Zeilen

Der Staat als Beute?

-----  
Wie die CDU mit dem Grundgesetz umgegangen ist

Von Alfons Pawelczyk MdB

Seite 5 / 33 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Köln - Str. R. 103-112 Telefon: 976311

## Dieser Magistrat bleibt -----

Frankfurts Bürger lassen sich nicht terrorisieren

Von Rudi Arndt

Oberbürgermeister von Frankfurt und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die mit der Einführung des Frankfurter Verkehrsverbundes unausweichlich gewordenen Fahrpreiserhöhungen - die ersten in Frankfurt seit acht Jahren - hatten begrifflicher Weise Kritik ausgelöst. Es gab erregte Diskussionen in der Bürgerschaft, in den demokratischen Organisationen und in den parlamentarischen Körperschaften. Diese Debatten brachten Klarheit, denn die Bürger gelangten zu der Einsicht, daß der Magistrat alles getan hatte, um trotz der allgemeinen Profitoffensive hemmungsloser Wirtschaftsmächte sozial tragbare Beförderungsbedingungen zu sichern. Die Bürger begriffen, daß Bau und Betrieb eines modernen Massenverkehrsmittels enorme finanzielle Anstrengungen erfordern, an deren Bewältigung sich jeder beteiligen muß, wenn wir unsere anderen, gleichermaßen wichtigen sozialen Aufgaben unvermindert fortsetzen wollen.

So hat die Frankfurter Tarifdiskussion neue Einsichten vermittelt und der großen Mehrheit der Bürger ein Stück Gesellschaftspolitik verständlich gemacht. Nachdem sich herungesprochen hatte, daß unsere neuen Tarife immer noch niedriger sind, als die anderer Großstädte, begriff man die Notwendigkeiten, und der Verkehrsverbund konnte starten. Daß es zu keinem Aufruhr der Frankfurter Bürgerschaft kam, war freilich eine herbe Enttäuschung für die Polit-Chaoten. Sie litten noch unter ihren Niederlagen im sogenannten "Häuserkampf" und mußten nun erkennen, daß ihnen auch im erhofften Straßenkampf die Arbeitnehmerschaft nicht folgte. Bei der Suche nach Möglichkeiten, doch noch ihren Haß gegen die parlamentarische Demokratie zum Ausdruck zu bringen, begannen sie mit Aktionen gegen den Frankfurter Stadtbahnverkehr.

Zuerst wurden jüngere Schülerjahrgänge auf die Schienen gelockt, und als die Polizei mit Behutsamkeit schlichten konnte, führten die Drahtzieher mit terroristischen Mitteln und Methoden die offene Konfrontation herbei. Barrikaden und Schienenhindernisse wurden errichtet, Wagen der Stadtbahn abgekuppelt und demoliert, Fahrscheinautomaten zerstört und Fahrgäste und Bahnpersonal tätlich angegriffen. In drei Tagen richteten terroristische Banden Schäden von mehr als einer halben Million DM an. Unfälle wurden provoziert, und es gab schwere körperliche Verletzungen. Es war das Ziel dieser Politrockers, den Stadtbahnbetrieb auf wichtigen Strecken lahmzulegen, was ihnen jedoch dank des aufopfernden Einsatzes der Kollegen von der Straßenbahn und der Polizei nicht gelang. Abgesehen von einigen gierigen Schaulustigen, ließen sich die Bürger auch jetzt nicht irritieren, denn sie konnten ja beobachten, wie die angeblich so auf Sparsamkeit bedachten Chaoten das Gemeineigentum verachten und zerstören. Die politisch mündige Frankfurter Bürgerschaft

begriff auch zugleich, wem die ausgerechnet zur Feierabendzeit der Arbeitnehmer veranstalteten Verkehrsbehinderungen schaden, denn sie richteten sich ausschließlich gegen die Freizeit der Arbeiter und gegen die öffentlichen Einrichtungen.

In dieser Phase des Scheiterns ihrer Anschläge auf das öffentliche Verkehrsmittel enthüllten die Terror-Macher endgültig ihr wahres Gesicht: Sie riefen dazu auf, die aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Stadtverwaltung gewaltsam zu beseitigen. Die heuchlerischen Streiter für ein angeblich besseres Verkehrssystem entpuppten sich als Kriminelle, die nichts anderes im Sinn haben, als Angst, Unsicherheit und Chaos zu verbreiten, um Voraussetzungen zur Zerstörung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung zu schaffen. Neben den Angstmachern Strauß und Dregger wollen die Chaoten unter der generalstabemäßigen Anleitung des "Kommunistischen Bundes Westdeutschland" jetzt eine zweite Front aufbauen und auf ihre Art zum Sturm auf die roten Rathäuser blasen. Nach dem die Frankfurter CDU zunächst dem Tarifverbund und der Fahrpreiserhöhung zustimmte, verbreitete sie anschließend sofort wider besseres Wissen die Illusion, die Tarife könnten wieder gesenkt werden.

Mancher unzulänglich informierte Bürger glaubte daher, eine Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen sei noch möglich und kam damit in eine gefährliche Nähe zu randalisierenden Politrockern. Nach dem Einsetzen der Krawalle versuchte die CDU nun ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen und den Frankfurter Magistrat zu verleumden und für die Krawalle verantwortlich zu machen. Die CDU verläßt damit die Reihen der Demokraten, die diesen kriminellen Angriff der Verfassungsfeinde abwehren müssen.

Die große Mehrheit der Frankfurter Bürgerschaft hat in vielen politischen Auseinandersetzungen genügend Erfahrungen gesammelt, und sie weiß, wer die bessere gesellschaftliche Ordnung geschaffen hat. Sie wird zusammen mit dem SPD-geführten Magistrat diese Ordnung verteidigen und ausbauen. Die Frankfurter wissen, daß das Zusammenspiel der Angstmacher und Terroristen die Gefahr des Faschismus heraufbeschwört, wenn sich die demokratischen Kräfte nicht unerschrocken zur Wehr setzen, und dies haben die Bürger unserer Stadt und unsere Polizei in diesen Tagen erfolgreich getan. Als die Panikhetzer behaupteten, der Frankfurter Magistrat stünde mit dem Rücken zur Wand, da war ihnen entgangen, daß diese Wand die demokratisch gesinnte Frankfurter Bürgerschaft ist.  
(-/30.5.1974/bgy/pr)

+ + +

## Keine Alternative zur Reformpolitik

---

Das richtige Schrittmaß ist entscheidend

Von Peter Schulz

Erster Bürgermeister und Präsident des Senats  
der Freien und Hansestadt Hamburg

In seiner Regierungserklärung vom 27. Mai 1970, also fast genau auf den Tag vor vier Jahren, hat Bürgermeister Professor Weichmann erklärt: "Die siebziger Jahre werden... eine Epoche gesellschaftlicher Reformen in Permanenz zu sein haben, wenn wir die Zeichen der Zeit richtig verstehen." Der Senat bekennt sich in einer Zeit, in der Zweifel an Möglichkeit und Ausmaß von Reformpolitik laut geworden sind, ausdrücklich zu dieser Aussage. Leitvorstellung der Arbeit dieses Senats in dieser Legislaturperiode ist es, die notwendigen vernünftigen Reformen im Rahmen der Möglichkeiten eines Stadtstaates in sinnvollen Schritten voranzutreiben, das Notwendige und das Machbare dabei in Übereinstimmung zu bringen.

Manche Übersteigerung im Wunsch nach Veränderung hat in der Konfrontation mit der Wirklichkeit bei einigen zur Radikalisierung, bei manchen zur Resignation, bei anderen zur vordergründigen Rechtfertigung konservativer Nostalgie geführt. Aber es gibt keine Alternative zur Reformpolitik! Die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität unseres Landes, um die uns viele beneiden, beruht wesentlich auf dem seit 1945 immer wieder mit unterschiedlicher Intensität, aber insgesamt erfolgreich betriebenen Versuch, einen vernünftigen Kompromiß aus Gerechtigkeit und Freiheit, Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit, Solidarität und Individualität zu finden. Die Stabilität unserer politischen Ordnung - auch unserer Wirtschaftsordnung - beruht auch für die Zukunft auf unserer Fähigkeit, sie nicht erstarren zu lassen zur toten zerbrechlichen Form, sondern sie durch Fortentwicklung lebendig, und das heißt auch menschlich zu gestalten.

Vernünftiger Fortschritt muß nicht unweigerlich zu immer neuen oder umfangreicheren staatlichen Apparaturen führen. In vielen Bereichen ist

es ausreichend, manchmal sogar zweckmäßiger, durch den Staat nur den Rahmen zu setzen, die Mittel an die gewünschten Orte zu lenken, ihre Verwendung aber freien Initiativen zu überlassen. Der Senat stimmt mit dem Bundeskanzler überein, der in seiner Regierungserklärung sagte: "Der Staat kann nicht alles allein leisten, er braucht die freien gesellschaftlichen Kräfte und kann nicht auf die tätige Selbsthilfe seiner Bürger verzichten."

Allerdings: Dort ist eine Grenze, wo die Betroffenen ohne Hilfe staatlicher Instanzen von sich aus unfähig sind zur Selbsthilfe, unverschuldet zur Selbstbestimmung nicht in der Lage sind. Hier muß der Staat selbst tätig werden und solange unterstützend eingreifen, bis die Selbstbestimmung trägt. Um das zu verdeutlichen: Es mag vielleicht in einem Falle genügen, zur Schaffung eines Hausspielplatzes ein Grundstück und andere Sachwerte zu garantieren, während alles andere interessierte Eltern selber hinreichend und dauerhaft organisieren können. Anders kann der Fall aber dort liegen, wo es der Hilfe und Anleitung durch Sozialarbeiter oder Pädagogen bedarf, um den Betroffenen, die nicht aus eigener Schuld in der selbständigen Verwirklichung sich selbst gesetzter Ziele ungeübt sind, zur Durchsetzung eigener Initiativen zu verhelfen.

Vernünftiges Schrittmaß heißt im Übrigen nicht Beschränkung von Reformpolitik. Vernunft ist ein immanenter Maßstab für solche Politik, nicht ihre äußere oder gar hemmende Begrenzung. Wir wollen nur Schritt für Schritt gehen, weil jeder Schritt Veränderungen bringt, die in ihren Auswirkungen nicht exakt vorzuprogrammieren sind und die deshalb vor dem nächsten Schritt sorgfältig in ihren Konsequenzen zu überprüfen sind. Hierzu gehört auch, das Schrittmaß im Mitvollzug öffentlichen Bewußtseins in die Gestaltung von Politik einzubeziehen.

Es wird aber für die Realisierung unserer Zielvorstellungen auch äußere Begrenzungen geben, die sich aus der Entwicklung der Konjunktur und der Finanzlage ergeben. Der Senat begrüßt die Entschlossenheit der Bundesregierung zu auch unpopulären Maßnahmen, um die Stabilität zu sichern, und er ist bereit, eine solche Politik der Bundesregierung nicht nur im Bundesrat und in der politischen Auseinandersetzung mit dem Bürger zu unterstützen, sondern durch eigene Beiträge sinnvoll zu ergänzen. (-/30.5.1974/ks/pr)

### Stücklen kontra Verfassung

-----

Der Ruf nach Neuwahlen war nicht nur "unsinnig"

Von Horst Krockert MdB

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Richard Stücklen, will die Bürger erneut über wichtige Grundsätze unserer Verfassung irreführen. In einem Interview mit dem katholischen "Weltbild" wärmt er noch einmal die Forderung nach Bundestagsneuwahlen auf, die angeblich nur am mangelnden Demokratieverständnis der sozialliberalen Koalition gescheitert sein soll! Die Forderung nach Neuwahlen war aber nicht nur "unsinnig", wie sogar sein CDU-Parteifreund, der baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, eingeräumt hat, sondern sie kann in der gegenwärtigen Situation nur gegen den klar ausgedrückten Willen des Grundgesetzes vertreten werden. Das weiß auch Herr Stücklen, aber er sagt es natürlich nicht.

Bittere Erfahrungen aus der Geschichte der Demokratie im In- und Ausland haben die Väter unserer Verfassung bewogen, die Bedingungen für das Regieren so stabil wie möglich zu gestalten: Nur alle vier Jahre wird gewählt. Die dabei entstehenden parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse sollen bis zur nächsten Wahl unverändert gelten und den politischen Rahmen bestimmen. Weder lautstarke Stimmen außerhalb des Bundestages, die sich auf veränderte öffentliche Meinung oder sonstwas berufen, noch ehrgeizige Rivalen innerhalb des Hauses sollen bei jeder bequemen Gelegenheit die parlamentarischen Bedingungen beseitigen und zur Herstellung neuer aufrufen dürfen! Darin ist das Grundgesetz unerbittlich. Das Prinzip: Solange das einmal gewählte Parlament die tragfähige Abgeordnetenmehrheit für eine Regierung zustande bringt, wird nicht neu gewählt, wie immer draußen auch vier Jahre lang der Wind wehen mag.

Nur eine einzige außergewöhnliche Situation kennt das Grundgesetz, die zu Neuwahlen außer der Reihe führt. Diese Situation haben wir nicht. Zwei Bedingungen müssen dafür nämlich zusammenfallen: Für die Regierung muß die eigene Abgeordnetenbasis zu schmal geworden sein, um erfolgreiche Gesetzgebungsarbeit leisten zu können, zugleich aber darf auch die politische Gegenseite nicht imstande sein, die erforderliche Abgeordnetenmehrheit für eine andere Regierung aufzubringen! Ich wiederhole: Das ist die einzige Ausnahmesituation, die das Grundgesetz gelten läßt, und selbst die hat es zu einem "Nadelöhr" ausgestaltet: Das wissen wir alle noch, weil wir in der "Patt"-Situation des Jahres 1972 alle unsere Verfassungslektion zu lernen hatten, auch Herr Stücklen!

Wir haben soeben das 25jährige Bestehen des Grundgesetzes gefeiert. Seine Artikel über Wahl und Neuwahl des Bundestages sind unentbehrliche Stabilisierungsfaktoren unserer demokratisch-parlamentarischen Ordnung. Wer sie als entbehrlich oder störend beseitigen will, der mag das doch offen sagen und zur Diskussion stellen! Alles andere ist böswillige Täuschung. Sie paßt zu den Versuchen der Opposition, den Bundesrat verfassungspolitisch zu mißbrauchen. Sie will wesentliche Grundsätze der Verfassungsordnung retuschieren. Wird jetzt deutlich, warum die Unionsparteien unbedingt ihre geordnete Verfassungsfeier brauchten? (-/30.5.1974/bgy/pr)

## Der Staat als Beute ?

-----

Wie die CDU mit dem Grundgesetz umgegangen ist

Von Alfons Pawelczyk MdB

Was ist die CDU? Ist sie christlich? Ist sie demokratisch? Ist sie eine Union? Sie ist vor allem eine Vereinigung mit dem Ziel, den Staat in ihre Hand zu bekommen.

Wehner ist nicht - wie der stellv. CDU-Vorsitzende Stoltenberg meint - eine Belastung für unsere Demokratie; er ist eine Belastung für die CDU. Und das ist gut für die Demokratie. Die CDU regierte von 1949 bis 1966 ohne die SPD. Ist sie in dieser Zeit mit unserem Grundgesetz so umgegangen, wie es von einer regierenden demokratischen Partei verlangt werden muß? Nein! Hierzu drei Beispiele:

Wahl der Verfassungsrichter: Am 3. Juni 1955 legte die Bundesregierung einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vor. Darin wurde die Absicht bekundet, in Zukunft nach erfolglosem ersten Wahlgang (Zweidrittelmehrheit ist erforderlich) die Bundesverfassungsrichter mit einfacher Mehrheit durch den Deutschen Bundestag wählen zu lassen. Das wäre auf eine politische Gleichschaltung hinausgelaufen. Nur noch CDU-genehme Kandidaten hätten Bundesverfassungsrichter werden können. Wir hätten uns dabei eine CDU-gemäße Auslegung des Grundgesetzes einhandeln können. Der Versuch scheiterte.

Notstandsverfassung: Der Regierungsentwurf von 1960 sah eine unbegrenzte Ermächtigung der Regierung zu gesetzesvertretenden, die Grundrechte einschränkenden Rechten vor. Die Stunde der Not sollte zur Stunde der Exekutive werden. Die Regierung hätte ausgerechnet in Krisenzeiten ohne parlamentarische Kontrolle handeln können. Der Versuch scheiterte.

Deutschland-Fernsehen GmbH: Adenauer war fest entschlossen, ein regierungseigenes Fernsehprogramm durchzusetzen. Seine Absicht wurde vom Bundesverfassungsgericht durch Entscheidung vom 26. Januar 1961 zunichte gemacht. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß die Fernsehgesellschaft sich völlig in der Hand des Staates befinden und von Bundeskanzler und Bundesregierung beherrscht würde. Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen Artikel 5 Grundgesetz.

Allein diese drei Beispiele, zu denen ich weitere hinzufügen könnte, beweisen: Eine an der Macht befindliche CDU unterläßt nichts, um den Staat in die Hand zu bekommen.

(-/30.5.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller